



## **Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie**

38. Sitzung (öffentlich)

24. Juni 2003

Düsseldorf - Haus des Landtags

9:00 Uhr bis 9:15 Uhr

Vorsitz: Annegret Krauskopf (SPD)

Stenografin: Eva-Maria Bartylla

### **Verhandlungspunkt und Ergebnis:**

#### **Gesetz zur Stärkung von Bildung und Erziehung (Schulrechtsänderungsgesetz 2003)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/3722

Zuschriften 13/2901, 13/2902, 13/2930, 13/2931, 13/2932, 13/2934,  
13/2937, 13/2938, 13/2939, 13/2942, 13/2944, 13/2946 und  
13/2949

Der Ausschuss nimmt den Gesetzentwurf der Landesregierung mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP an.

Nächste Sitzung: 10. Juli 2003

\*\*\*\*\*



## Aus der Diskussion

### **Gesetz zur Stärkung von Bildung und Erziehung (Schulrechtsänderungsgesetz 2003)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/3722

Zuschriften 13/2901, 13/2902, 13/2930, 13/2931, 13/2932, 13/2934, 13/2937,  
13/2938, 13/2939, 13/2942, 13/2944, 13/2946 und 13/2949

**Vorsitzende Annegret Krauskopf** weist darauf hin, dass der Gesetzentwurf der Landesregierung vom Plenum nach 1. Lesung zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Schule und Weiterbildung sowie zur Mitberatung an diesen Fachausschuss überwiesen worden sei.

Der federführende Ausschuss habe am 18. Juni 2003 eine öffentliche Anhörung zu dem Gesetzentwurf durchgeführt, an der sich der Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie beteiligt habe.

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beabsichtige, in seiner morgigen Sitzung über eine Beschlussempfehlung zur 2. Lesung abzustimmen. Im Sinne eines zügigen Beratungsverfahrens habe sie den Ausschuss für heute einberufen. Vereinbarungsgemäß solle über ein Votum an den federführenden Ausschuss abgestimmt werden.

**Marie-Theres Kastner (CDU)** macht deutlich, dass die CDU den Gesetzentwurf aufgrund der Anhörungsbeiträge ablehnen werde. In der Anhörung habe kaum jemand ein gutes Haar an dem Gesetzentwurf gelassen. Die Landesregierung sollte noch einmal in Beratungen einsteigen und einen veränderten Gesetzentwurf vorlegen.

**Bernd Flessenkemper (SPD)** führt aus, das Ganze sei immer als Prozess angelegt und begriffen worden. Die SPD nehme die Kritik sehr ernst. In der Begleitung dieses Prozesses werde man sich sicher immer wieder damit auseinandersetzen. Naturgemäß komme auch viel Kritik, die sich generell gegen diese Veränderung wende. Es sei abzuwarten, inwieweit die Kritiker im Laufe der Zeit auch die positiven Entwicklungsmöglichkeiten sähen.

Das eine oder andere müsse man im Auge behalten, die SPD sehe sich aber im Weg bestätigt und wolle daran festhalten.

Nach Auffassung der FDP, so **Christian Lindner (FDP)**, werfe dieser Gesetzentwurf mehr Fragen auf als er beantworte. Über die eine oder andere Maßnahme im vorliegenden Gesetzentwurf könne durchaus fachlich diskutiert werden, es sei aber nicht klar, wie die tatsächlichen Auswirkungen bei den jetzigen Rahmenbedingungen in der Praxis aussähen. Deshalb werde die FDP den Gesetzentwurf ablehnen.

Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie

24.06.2003

38. Sitzung (öffentlich)

bar-ke

**Ute Koczy (GRÜNE)** äußert, das vorliegende Schulrechtsänderungsgesetz sei ein Einstieg in ein neues Schulsystem, in dem Jugendhilfe und Schule miteinander verzahnt würden. Der Schwierigkeiten dieses Prozesses sei sie sich sehr wohl bewusst. Es gebe traditionelle Strukturen, aber auch eine hohe Bereitschaft beider Seiten, sich aufeinander zuzubewegen bzw. die Interessen von Kindern und Jugendlichen in den Mittelpunkt zu stellen.

Wichtig sei, ausgehend von den PISA-Ergebnissen den Versuch zu unternehmen, einen anderen Weg einzuschlagen. Diesem Weg im Rahmen des Schulrechtsänderungsgesetzes könnten die Grünen nur zustimmen.

gez. Annegret Krauskopf

Vorsitzende

ke/25.06.2003/27.06.2003

246